



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	11
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	11
	Beziehungen mit der Türkei	11
	Innenpolitische Entwicklungen	12
5.	Zypern Veranstaltungen	14

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FEScyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters finden Sie das Anmeldeformular
hier www.fescyprus.org/de/newsletter/

1. Das Zypernproblem

Der Mai war geprägt vom Eindringen des türkischen Bohrschiffs Fatih und drei Begleitschiffen, in die Exklusive Wirtschaftszone Zyperns (EEZ), mit dem Ziel dort mit Explorationsbohrungen zu beginnen. Während die griechischen Zyprioten die Aktion als Verletzung der Hoheitsrechte der Republik Zypern ansehen, bezeichnete die Türkei die geplanten Bohrungen als Maßnahme zur Wahrung der Rechte der türkischen Zyprioten. Zudem erkennt Ankara die Abgrenzung der EEZ der Republik Zypern nicht an und betrachtet den Ort der Bohrung als Teil der eigenen EEZ. (Weitere Details siehe unten im Teil „Gasvorkommen“).

Am 3. Mai legte der UN-Generalsekretär Antonio Guterres dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Bericht seiner jüngsten Gute-Dienste-Mission vor. Dort betonte er die *„dringende Notwendigkeit einer Lösung des Zypernproblems“*. Der Weltsicherheitsrat forderte beide Seiten auf, *„einem Referenzrahmen als Basis für konkrete und ergebnisorientierte Verhandlungen zuzustimmen, eingedenk der günstigen Chance, die der gegenwärtige Wahlzyklus bietet“*. Des Weiteren hob der Sicherheitsrat hervor, dass Handlungen vermieden werden müssten, welche die Erfolgsaussichten beeinträchtigten, und drängte auf die Umsetzung und Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen.

Laut Regierungssprecher Prodromos Prodromou betonte Präsident Anastasiades am 15. Mai in einer Telefonkonferenz die UN-Sonderbeauftragte für Zypern, Jane Hall Lute, dass die

Verletzung der Hoheitsrechte der Republik Zypern in deren Exklusiver Wirtschaftszone durch die Türkei eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen verhindere, da ein solches Vorgehen alle Versuche untergrabe, ein geeignetes Klima zu schaffen. Der Präsident wiederholte Lute gegenüber, die Bereitschaft der griechisch-zypriotischen Seite, an einer neuen Gesprächsrunde für eine tragfähige und praktikable Lösung des Zypernproblems teilzunehmen. Diese müssten auf der Grundlage der UN-Resolution, des EU Acquis (Besitzstand der EU; Gesamtheit des gültigen Rechts in der Europäischen Union) und der sechs von Generalsekretär Antonio Guterres vorgeschlagenen Parametern stattfinden.

Am 15. Mai genehmigte das Kabinett eine Gesetzesnovelle, die dem griechisch-zypriotischen Verhandlungsführer in der Zypernfrage auch die Übernahme weiterer Funktionen erlaubt. Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis kann somit gleichzeitig als ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen fungieren, wozu er im März ernannt worden war.

Das griechisch-türkische Forum begrüßte in einer Stellungnahme die positive Atmosphäre während eines kürzlichen Austausches zur Förderung der Freundschaft, der Vernetzung und der engen Zusammenarbeit in Fragen von beiderseitigem Interesse auf hoher Ebene zwischen Vertretern der Türkei und Griechenlands. In Bezug auf Zypern unterstrichen die Teilnehmer des Treffens die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Basis einer bizonalen, bi-kommunalen Föderation sowie der politischen Gleichberechtigung beider

auf der Insel lebenden Volksgruppen, so wie es im jüngsten Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen dargelegt worden sei. Außerdem wurde die „*überragende Bedeutung*“ von zivilgesellschaftlichem Engagement und dem Aufbau gegenseitigen Vertrauens zwischen beiden Volksgruppen bekräftigt. Das Treffen des Griechisch-Türkischen Forums (GFT) fand vom 6.-7. Mai in Ankara statt.

Laut dem jährlichen Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission hat die Türkei keine Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehung zu Zypern gemacht. Dies bezieht sich überwiegend auf die Weigerung der Türkei, ihren Verpflichtungen nach dem Übereinkommen über die Zollunion mit der EU nachzukommen und ihre Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge aus der von der Türkei nicht anerkannten Republik Zypern zu öffnen. Die Europäische Union wiederholte die Aufforderung Brüssels an Ankara, illegale Handlungen in der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns zu unterlassen Sie bestätigte erneut, man werde angemessen und in uneingeschränkter Solidarität mit Zypern reagieren. Hinsichtlich des Zypernproblems heißt es in dem Bericht, dass die Spannungen im Gebiet der Explorationsaktivitäten vor der zyprischen Küste angewachsen seien, obwohl die Türkei die erneuten Anstrengungen der Vereinten Nationen, die Interessengruppen hinsichtlich einer möglichen Wiederaufnahme der Verhandlungen zu konsultieren, begrüße. Schuld seien die Maßnahmen und Erklärungen der Türkei, die der Republik Zypern das Recht auf Erkundungsbohrungen in ihrer eigenen Exklusiven Wirtschaftszone untersagen wolle. Die Regierung bezeichnete den Bericht

als den bisher „*kritischsten*“ seit Eröffnung der Beitrittsverhandlungen Ankaras mit der Europäischen Union im Jahr 2005.

Ein neues bi-kommunales Projekt zur Entfernung von Abfällen aus dem Meer vor Zypern startete am 25. Mai in Famagusta. MarLitCy – Abfälle im Meer für Synergien, Kapazitätsaufbau und Friedenssicherung - ist ein von der EU finanziertes 36-monatiges Projekt, da bis einschließlich November 2021 laufen soll. Das Projekt zielt darauf ab, die Beseitigung des Problems der Abfälle im Meer als ein Instrument zur Förderung des Dialogs und zum Aufbau engerer Beziehungen zwischen beiden Volksgruppen Zyperns einzusetzen.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren trafen sich Gewerkschaften beider Seiten in der von den Vereinten Nationen kontrollierten Pufferzone zu einer Massendemonstration, um den 1. Mai (Tag der Arbeit) gemeinsam zu begehen. In einer gemeinsamen Stellungnahme, die auf Türkisch und Griechisch verlesen wurde, erklärten die Gewerkschaften ihre Unterstützung einer bizonalen, bi-kommunalen Föderation auf der Basis politischer Gleichberechtigung, einheitlicher Staatsbürgerschaft und einer einzigen internationalen Identität wie sie in den einschlägigen UN-Resolutionen verankert sei. Die Volksgruppenführer forderte man auf, ohne Vorbedingungen innerhalb der Rahmenbedingungen, die UN-Generalsekretär Antonio Guterres in Crans-Montana gesetzt habe, Verhandlungen wiederaufzunehmen

Aus Protest gegen die Teilnahme eines griechisch-zyprischen Regierungsvertreters boy-

kottierte die Türkei die Zeremonie zum Kommandowechsel der NATO. Der Sprecher des türkischen Außenministeriums, Hami Aksoy, bezeichnete die Einladung an die Republik Zypern, das nicht Mitglied der NATO ist, als nicht nachvollziehbar.

Zwischen dem 13. und 25. Mai fand die größte türkische Militärübung, Sea Wolf 2019, statt. Die Übung im östlichen Mittelmeer, der Ägäis und dem Schwarzen Meer verlief unter Teilnahme von 131 Kriegsschiffen, 57 Militärflugzeugen und 33 Helikoptern. Vier der teilnehmenden Schiffe liefen dabei auch in Häfen im Norden Zyperns¹ ein: Die Angriffsboote TCG Tufan (P-333) und TGC Karayel (P-394), die Korvette TCG Beykoz (F-503) und das Patrouillenschiff TCG Karpaz (P-1213). Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar teilte vor der Übung mit: *„Ziel der Militärübungen ist es zu zeigen wie entschlossen, engagiert und fähig die türkischen Streitkräfte sind, die Sicherheit, Souveränität, Unabhängigkeit, Seerechte und Interessen der Türkei zu bewahren.“*

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire der EU ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

2. Gasvorkommen

Die türkischen Behörden sandten am 3. Mai ein Navtex (nautische Warnung für die Sicherheit des Seeverkehrs mittels Telex) ab, in dem sie ankündigten, dass das türkische Bohrschiff Fatih im Seegebiet westlich von Paphos bis einschließlich 3. September ‚Explorationsbohrungen‘ durchführen werde. Standort der Fatih sei 40 Seemeilen westlich der Halbinsel Akamas, und 83 Seemeilen von der türkischen Küste entfernt. Dieses Gebiet wird von der Republik Zypern als Teil der eigenen Exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) beansprucht. Lizenzen für Explorationsbohrungen in diesem Gebiet wurden von der griechisch-zypriotischen Regierung noch nicht vergeben. Das Bohrschiff werde sich bis Ende des Monats nicht von diesem Standort wegbewegen. Obwohl es zwischen der Republik Zypern und der Türkei keine Abgrenzungsvereinbarung² für die jeweiligen Exklusiven Wirtschaftszonen (EEZs) gibt, verläuft die Grenze nach griechisch-zypriotischer Rechtsauffassung auf der Medianlinie. Die Türkei betrachtet dieses

² Zypern ratifizierte 1988 die Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS). Abgrenzungsvereinbarungen zwischen Nachbarländern bezüglich Exklusiver Wirtschaftszonen müssen offiziell bei der UN eingereicht werden. Zypern unterzeichnete Abgrenzungsvereinbarungen mit Ägypten (2003), dem Libanon (2007) und Israel (2010). Die Türkei gehört nicht zu den Unterzeichnern des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) und erkennt die Republik Zypern nicht als souveränen Staat an. Demnach existiert auch keine Abgrenzungsvereinbarung.

Gebiet jedoch als Teil der eigenen EEZ. Nach diesem Vorfall hatte die griechisch-zypriotische Regierung die Abgrenzungskordinaten der Exklusiven Wirtschaftszone und des Festlandsockels bei den Vereinten Nationen eingereicht. Die Grenze verläuft darin gleich weit von der zypriotischen und der türkischen Küste entfernt, basierend auf der Medianlinie. Laut griechisch-zypriotischen Medienberichten sei die Koordinaten zuvor nicht eingereicht worden, da der Regierung von internationalen Fachleuten abgeraten worden war, auch um das Aufflammen von Spannungen in der Region zu vermeiden. Die Regierung meldete das Vorgehen der Türkei der Europäischen Union und erhielt verbale Unterstützung von der EU und den Vereinigten Staaten. EU-Ratspräsident Donald Tusk betonte *„die Europäische Union steht geschlossen hinter der Republik Zypern und erwartet von der Türkei, dass diese die Hoheitsrechte der Mitgliedsstaaten der EU respektiert“*. Eine ausführliche Positionierung der Europäischen Union - einschließlich möglicher Sanktionen wegen der Verletzung der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns - wurde auf das nächste offizielle Gipfeltreffen des Europäischen Rates Ende Juni vertagt. Davon unbeeindruckt hat der türkische Energieminister Fatih Donmez angekündigt, dass ein weiteres Bohrschiff, die Yavuz, *„demnächst“* ebenfalls Explorationsbohrungen im östlichen Mittelmeer durchführen werde.

Das griechisch-zypriotische Parlament verurteilte am 10. Mai die Vorgehensweise der Türkei innerhalb der Exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern scharf und forderte die internationale Gemeinschaft und die Europäische

Union auf, Maßnahmen zu ergreifen, die konkrete Auswirkungen auf Ankara zur Folge hätten. Am gleichen Tag erklärte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, dass es auf Zypern und im östlichen Mittelmeer nur Stabilität geben könne, wenn die Rechte der Türkei und der türkischen Zyprioten gewahrt werden. Am 11. Mai verurteilte der griechisch-zypriotische Nationalrat einstimmig die *„eklatante Verletzung“* der Hoheitsrechte der Republik Zypern und rief die Türkei auf, ihre Gewaltandrohungen und alle Aktionen innerhalb der Exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern zu unterlassen.

Meldungen im türkischen Staatsfernsehen TRT zufolge erklärte der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer Mustafa Akinci, die Türkei habe das Recht auf ihrem Festlandsockel Erkundungsbohrungen nach Erdgas vorzunehmen. Akinci fügte hinzu, dass die griechisch-zypriotische Seite mit dem Thema der gemeinsamen Nutzung der Gasvorkommen vollständig abgeschlossen habe und von der internationalen Gemeinschaft dazu ermutigt worden sei.

Nachdem der britische Staatsminister für Europa, Sir Alan Duncan, erklärt hatte, dass die Staatshoheit der Republik Zypern in der von ihr beanspruchten Exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) *„umstritten“* sei, wurde Hochkommissar Stephen Lillie am 15. Mai ins Außenministerium einbestellt, um die Haltung der Regierung des Vereinigten Königreichs bezüglich der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ) zu erläutern. Die zypriotische Regierung bezeichnete die Aussage als bedauerlich und unannehmbar und protestierte offiziell bei der britischen Regierung

gegen die Einlassungen Duncans. In einer anschließenden Stellungnahme des britischen Außenministeriums hieß es, dass das Vereinigte Königreich das Hoheitsrecht der Republik Zypern anerkenne, in ihrer „*international vereinbarten*“ Exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) Erkundungsbohrungen nach Erdöl und Erdgas vorzunehmen. Die britische Regierung wies jedoch darauf hin, dass es für das Gebiet, in dem die Türkei angedroht habe, Erkundungsbohrungen durchzuführen, kein Abkommen über die Grenzen der jeweiligen EEZ gebe und somit die Angelegenheit laut Seerecht noch immer „*strittig*“ sei.

Am 13. Mai unterbreitete die griechische Explorations- und Produktionsgesellschaft für Erdgas und Erdöl ‚Energiean‘ der zyprischen Regierung einen aktualisierten Vorschlag, Erdgas aus einer ihrer vor der Küste Israels gelegenen Anlagen an Zypern zu verkaufen. Laut einer Pressemitteilung hat der Konzern einen vorläufigen Pipeline-Entwicklungsplan ausgearbeitet und der zyprischen Energieregulierungsbehörde Cera vorgelegt. Gas könnte so vom israelischen Karish Reservoir an die zyprische Küste geleitet werden. Energiean glaubt, mit diesem Plan Zypern die Möglichkeit zu eröffnen, Gas zu einem äußerst wettbewerbsfähigen Preis zu importieren.

Die Tageszeitung Politis berichtete am 30. Mai, dass die Regierung eine Vereinbarung mit den Lizenznehmern des Aphrodite-Gasfelds, dem US-amerikanischen Energie-Konzern Noble Energy und seinen Partnergesellschaften DELEK Group und Shell, getroffen habe, den Vertrag über die Produktionsbeteiligung (PSC) zugunsten der Lizenznehmer zu überarbeiten.

Kernelement der Vertragsanpassung wird die Umverteilung der Gewinne sein: die Aufstockung des Anteils der Partnergesellschaften, wenn der Ölpreis sinkt, und umgekehrt die Aufstockung des zyprischen Anteils, sobald die Ölpreise weltweit steigen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Rating-Agentur DBRS bestätigte Zyperns langfristiges Emittenten-Default-Rating in Fremd- und Landeswährung bei BBB- mit stabilem Ausblick. DBRS erklärte, das Rating stütze sich auf „*die solide Haushaltslage Zyperns, das umsichtige Management der Staatsverschuldung, die Mitgliedschaft in der Eurozone, die Förderung nachhaltiger makroökonomischer Politik und die Öffnung für Investitionen, die ein günstiges Wirtschaftsumfeld förderten*“. Allerdings betonte DBRS, dass die Risiken bezüglich finanzieller Stabilität relativ hoch bleiben würden. Gründe hierfür seien die noch immer beträchtliche Anzahl an notleidenden Krediten im Bankensektor, die hohe Verschuldung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor, die bestehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die geringe Größe des Dienstleistungssektors, das Zypern nachteiligen Veränderungen in der Auslandsnachfrage aussetzt.

Ein Team des Expertenausschusses für die Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, bekannt auch

unter der Bezeichnung Moneyval, traf Mitte des Monats auf Zypern ein, um eine umfassende Prüfung der Unternehmensbereiche, des Justizsektors und der Finanzbranche durchzunehmen. Der Expertenausschuss wird Anwaltskanzleien, Banken, Buchführungsfirmen, Wirtschaftsprüfungsunternehmen und Finanzdienstleistungsunternehmen einer Befragung unterziehen. Ebenso juristische Personen, die in Investitionssysteme und Kapitalanlagemodellen involviert sind, die in Verbindung mit dem Erwerb einer Staatsbürgerschaft stehen. Abschlussbericht und Ergebnisse sollen Ende des Jahres vorliegen. Das Gutachten von Moneyval wird wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung Zyperns als regelkonformes Rechtssystem in den Augen internationaler Einrichtungen, Investoren und Ratingagenturen haben.

Im April stieg die Zahl der Touristen im Vergleich zum Vorjahr um 4,8% und erreichte somit eine neue Rekordmarke. Aus dem Vereinigten Königreich kamen 5,4% mehr Besucher, aus Russland 2,3%. Die Zahl israelischer Touristen wuchs um 37%. Großbritannien bleibt mit 35,5% die größte Besuchergruppe in der Tourismusbranche, gefolgt von Russland (15,2%), Israel (7,1%) und Griechenland (6,2%).

Der Vorstand der Bank of Cyprus verkündete am 13. Mai die Ernennung von Panicos Nicolaou zum neuen Vorstandsvorsitzenden. Er löst John Patrick Hourican ab. Nicolaous Berufung unterliegt der Bewilligung durch die Europäische Zentralbank (EZB). Sobald die Zustimmung erteilt ist, wird er seine Amtstätigkeit offiziell aufnehmen. Die Bank hatte im ersten Quartal 2019 aufgrund von Änderungen in der Steuergesetz-

gebung und durch Anpassungen beim Verkauf notleidender Kredite einen Reingewinn von 95 Millionen Euro erwirtschaftet.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 31. Mai wurde George Savvides als neuer Justizminister vereidigt. Sein Vorgänger Ionas Nicolaou musste im Mai von seinem Amt zurücktreten, nachdem veröffentlicht worden war, dass die Polizei in angezeigten Vermisstenfällen nicht ordnungsgemäß ermittelt hatte. Es stellte sich heraus, dass die drei vermissten Frauen und zwei Kinder einem Serienmörder zum Opfer gefallen waren. Zwei weitere weibliche Opfer waren nie als vermisst gemeldet worden. Der Fall hatte zuvor zur Entlassung des Polizeipräsidenten, Zacharias Chrysostomou, geführt. Dessen Position wurde mittlerweile mit Kypros Michaelides besetzt.

Bei den EU-Parlamentswahlen am 26. Mai wurden drei neue Abgeordnete aus Zypern nach Brüssel entsandt. Einer davon ist das erste türkisch-zypriotische Mitglied des Europaparlaments. Die Wahlbeteiligung lag bei 42,8% und war somit die niedrigste, die es jemals bei Wahlen auf Zypern gegeben hat. Die rechtsextreme Nationale Volksfront (ELAM) konnte im Vergleich zu den Europawahlen im Jahr 2014 ihren Stimmenanteil nahezu verdreifachen. Dies entspricht gleichzeitig einer Verdoppelung der Prozentpunkte seit den zypriotischen Parlamentswahlen im Jahr 2016. Die regierende DISY (Demokratische Sammlung) erreichte 29,02% der Stimmen – ein signifikanter Verlust im Vergleich zu 2014. Damals hatte der Stimmenanteil bei 37% gelegen. Die Oppositionspartei AKEL

(Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) verbuchte eine minimale Steigerung um ein Prozent auf 27%. An dritter Stelle lag DIKO (Demokratische Partei) mit 14% der Stimmen, gefolgt von der Bewegung der Sozialdemokraten (EDEK) mit 11% und ELAM mit 8%. DIPA (Demokratische Ausrichtung), die Partei des ehemaligen DIKO-Vorsitzenden Marios Garoyian bekam 4% der Stimmen, auf die Bürgerallianz (Citizens Alliance) entfielen 3%. Die Partei YIASEMI (Jasmin) Sener Levents, Herausgeber der türkisch-zypriotischen Zeitung Afrika, erhielt 2%. Die beiden Sitze der demokratischen Sammlung DISY gingen an den Journalisten Loucas Fourlas, der mit 43.146 die meisten Stimmen der 72 Kandidaten erhielt, gefolgt von Lefteris Christoforou DISY mit 39.616 Stimmen. Auf Giorgos Georgiou von der kommunistischen AKEL entfielen 27.063 Stimmen, auf seinen Parteigenossen und neu gewählten türkisch-zypriotischen Europaparlamentarier, den Akademiker Niyazi Kizilyurek 25.051 Stimmen. Ins Europaparlament wiedergewählt wurden Costas Mavrides mit 21.155 Stimmen (DIKO) und Demetris Papadakis mit 11.789 Stimmen (EDEK). Kizilyurek erklärte in einem Interview mit der zyprischen Nachrichtenagentur CNA (Cyprus News Agency), dass die besondere Bedeutung seine Wahl nicht der Umstand sei, dass mit ihm der erste türkisch-zypriotische Abgeordnete im EU-Parlament vertreten sein werde, sondern dass er durch eine Kooperation beider Volksgruppen, der griechisch-zypriotischen und der türkisch-zypriotischen, gewählt worden sei.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Am 3. Mai kritisierte der panzyprische Gewerkschaftsverband PEO eine Erklärung der Regierung, die diese bezüglich der schlechten Behandlung von Arbeitskräften aus Drittstaaten gegenüber internationalen Medien abgegeben hatte. Insbesondere hätten, so PEO, die Erklärungsversuche der Regierung, was die Einstellungsverfahren und die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern aus Drittstaaten betrifft, leider nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Hierfür gäbe es drei Gründe:

- 1) Das Verfahren zur Arbeitsaufenthaltserlaubnis ist nicht mit dem zypriotischen Arbeitsbeziehungssystem kompatibel.
- 2) Die Arbeitsbedingungen basieren nicht auf kollektiven Tarifverträgen
- 3) Die Verfahren zur Überwachung der Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen von Arbeitskräften aus Drittstaaten sind problematisch und unzureichend.

Daher rief PEO die Regierung dazu auf, die Ausbeutung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten einzuschränken. Dies solle durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die auf dem zypriotischen Arbeitsbeziehungssystem beruhen, erfolgen. Man erwarte die Umsetzung des Beschlusses, die Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Hausangestellte, die bislang von der Zuwanderungsbehörde des Innenministeriums ausgestellt wurden, dem Arbeitsministerium zu übertragen.

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben mit Verhandlungen über die Erneuerung der Tarifverträge begonnen, die am 31. Dezember 2018 in Schlüsselbereichen der Privatwirtschaft ausgelaufen waren. Es handelt sich um die Tarifverträge in der Bauwirtschaft, im Bankensektor, im Hotelgewerbe, in der Holz- und Metallverarbeitungsbranche und im Hafensektor. Am 27. Mai unterbreitete Arbeitsministerin Zeta Emilianidou einen verbindlichen Schlichtungsvorschlag zur Erneuerung der Tarifverträge im Baugewerbe, die seit 2015 anhängig sind. Im neuen Tarifvertrag würden drei wesentliche Unterstützungsleistungen gesetzlich verankert werden. Die Leistungen betreffen Urlaubs- und Feiertagsgratifikation, die Gewährung von Überstundenzuschlägen nach der regulären Arbeitszeit von 38 Stunden und Beiträge zur Sozialversicherung. Jegliche Verletzung dieses gesetzlichen Rahmens durch den Unternehmer wäre eine strafbare Handlung. Innerhalb eines Zeitraumes von 30 Monaten sollen 70% der Kürzungen aus den Jahren seit 2013 aufgehoben werden. Die Vereinigung der Bauunternehmer und die Gewerkschaften werden auf den verbindlichen Vorschlag der Arbeitsministerin innerhalb von zwei Wochen antworten. Mit der Annahme des Vorschlags würde die Genehmigung der entsprechenden ministeriellen Gesetzesvorlage einhergehen. Diese werde dem Parlament vorgelegt, um die der Privatwirtschaft gewährten Leistungen rechtlich abzusichern. Neben den Tarifverhandlungen in der Baubranche ist die Arbeitsministerin auch in die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Bankangestellten (ETYK) und der Bank of Cyprus involviert.

Hierbei geht es nicht nur um die Erneuerung des Tarifvertrags, der im Dezember 2017 ausgelaufen war, sondern auch um die Forderung der Arbeitgeberseite, alle automatischen Erhöhungen und jährliche Lohnerhöhungen abzuschaffen.

Die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrags im Hotelgewerbe zwischen dem zypriotischen Hotelverband (PASYXE) und den Gewerkschaften SEK (zypriotischer Arbeitnehmerverband) und PEO (panzypriotischer Gewerkschaftsverband) kamen zum Stillstand. Arbeitsministerin Emilianidou agierte als Vermittlerin, um den Arbeitskampf in der Hotelbranche zu beenden. Die Ministerin gab beiden Seiten einen Zeitplan, damit im Juni ein positives Ergebnis und ein neues Abkommen erreicht werden könne. Der Tarifvertrag im Hotelgewerbe war am 31. Dezember ausgelaufen. Die Gewerkschaften fordern einen zwei-Jahres-Tarifabschluss und pochen auf eine 4%ige Lohnerhöhung pro Jahr. Des Weiteren fordern sie die Rücknahme aller Bestimmungen aus dem Tarifvertrag, die in Zusammenhang mit der Krise 2013-2015 in einer außerordentlichen Sondervereinbarung festgelegt worden waren. Man müsse exakt zu dem Tarifabschluss zurückkehren, der am 31. Dezember 2012 ausgelaufen war. Die Gewerkschaften argumentieren, dass es Gehaltskürzungen und Einschnitte bei den zusätzlichen Leistungen um die 15% gegeben habe. Die Hotelbetreiber lehnen die Rücknahme der Bestimmungen ab, da sie gemäß einem entsprechenden Gesetz im Jahr 2016 bereits Feiertagsregelungen und andere Leistungen eingeführt hätten. Sie seien lediglich bereit,

Teile der Lohnerhöhungen, die von den Gewerkschaften gefordert würden, mitzutragen.

Staatsbedienstete sowohl mit befristeter als auch mit unbefristeter Anstellung traten vom 8. bis 10. Mai in einen zwei-stündigen Streik. Laut Christos Chatzipavlou, dem Geschäftsführer der panzyprischen Gewerkschaft „Equality – Gleichheit“ sei der Grund für den Streik die unzureichende Erfüllung der Direktive 1999/70/EC zur Gleichbehandlung von Mitarbeitern mit Zeitverträgen und Beamten. Die Richtlinie besagt, dass der Staat aufhören müsse, Personal außerordentlich einzustellen, um dauerhaften Bedarf zu decken, und dass er die gleichen Rechte für Staatsbedienstete mit befristeter und unbefristeter Anstellung wie für Mitarbeiter im Beamtenverhältnis anerkennen müsse. Chatzipavlou fügte hinzu, dass der Staat EU-Recht in seiner Gesamtheit umsetzen müsse, da die Angestellten die gleichen Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Pflichten wie die Beamten erfüllten. Trotz des Treffens der Gewerkschaft mit dem Finanzminister, bei welchem er zugestand, dass es hier ein Problem gebe, zog dieser während den Verhandlungen bei verschiedenen Themen rote Linien für das Ministerium. Die Gewerkschaft war der Ansicht, dass das Finanzministerium keinerlei Absicht habe, die Angelegenheit zu bereinigen, weshalb sie am 13. Mai in einen 48-stündigen Streik zugunsten der Angestellten im breiteren öffentlichen Sektor durchführte. Am 22. Mai kündigte der Vorstand der panzyprischen Gewerkschaft „Equality“ das Ende aller Streikaktionen an. Die Gewerkschaftsführung habe nach Begutachtung der Ergebnisse der Gespräche mit fast allen politischen Parteien, einschließlich der

Regierungspartei, die ihre Unterstützung zugesagt und ihren Willen zur Lösung des Konflikts erklärt habe, den Entschluss gefasst, die Streikmaßnahmen zu beenden. Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts begannen am 27. Mai.

Nachdem der Vorstand der Elektrizitätsbehörde Zyperns (EAC) die Forderungen der Gewerkschaften zurückgewiesen hatte, trafen sich die Gewerkschaften der Elektrizitätsbehörde am 31. Mai, um über nächste Schritte zu beraten. Die Gewerkschaften forderten die EAC auf: 1. die Kürzungen gemäß Gesetz 192 (I)/2011 zu beenden; 2. die Dienstjahre zu zählen, um die Angestellten gemäß dem oben genannten Gesetz im Entgeltsystem richtig einzustufen; 3. die Beibehaltung des Arbeitgeberanteils von 5,9% der Mitarbeitergehälter in den Medical Care Fond zu garantieren. Der Arbeitgeberanteil von 1,85% an den Beträgen für das neu eingeführte allgemeine Gesundheitssystem (GESY) solle zusätzlich bezahlt werden. Die Arbeitnehmervertreter reagieren mit ihren Forderungen auch auf das ein Urteil des Verwaltungsgerichts vom März. Das Gericht hatte die Reduzierung der Gehälter und Pensionen von Beamten, Angestellten und Rentnern im Staatsdienst und erweiterten öffentlichen Dienst im Rahmen eines Gesetzes aus dem Jahr 2012 als verfassungswidrig eingestuft. Die Regierung, die als größter Arbeitgeber, hiervon am meisten betroffen war, hat vor dem obersten Gerichtshof Berufung eingelegt. Am 10. Juni wird die Berufungsverhandlung beginnen.

Der Vorstand der Elektrizitätsbehörde Zyperns (EAC) betonte, dass die von den Gehältern einbehaltenen Beträge in einen Sonderfond eingezahlt würden, mit dem Ziel, sie dem Endbegünstigten zu erstatten. Dies sei im Einklang mit einer Entscheidung des Berufungsgerichts hinsichtlich einer eingelegten Beschwerde der Republik Zypern gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Für das erste Jahr der Durchführung des Gesundheitsversorgungsprogramm GESY erklärte die EAC, während einer gewissen Anpassungszeit, die Arbeitgeberbeiträge zum Gesundheitsversorgungsprogramm vom Beitrag, der an den Health Care Fund gezahlt wird, abzuziehen. Die zyprische Industrie- und Handelskammer (CCCI) bat die Gewerkschaften eindringlich, von Streikaktionen abzusehen. Auch der Verband der Arbeitgeber und Unternehmer Zyperns (OEB) brachte hinsichtlich der Streikdrohungen der EAC-Gewerkschaften starke Unzufriedenheit zum Ausdruck. Präsident Nikos Anastasiadis wurde aufgefordert, sich der Krise in der Elektrizitätsbehörde anzunehmen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut der im Oktober 2018 durchgeführten und im Mai veröffentlichten Arbeitskräfteerhebung in privaten Haushalten, liegt die Arbeitslosenquote in der TRNZ bei 6,9%, bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 22%. Bei Frauen liegen die Raten wesentlich höher, bei jeweils 9% und 27%. Auch der Anteil der erwerbstätigen Frauen liegt bei niedrigen 40,3%. Der Bezirk Morphou

weist mit 12% die höchste Arbeitslosigkeit auf. 5% aller Erwerbstätigen arbeiten ohne jeglichen Sozialversicherungsschutz.

Einem von Omer Gokcekus und Sertac Sonan erstellten Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge, lag die Korruptionswahrnehmung in Norden der Insel im Jahr 2018 bei einem Wert von 37 – auf einer Skala von 0 „äußerst korrupt“ bis 100 „äußerst sauber“. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von drei Prozentpunkten. Die Studie basiert auf der Methodik der Berliner Nichtregierungsorganisation Transparency International. Laut dem Korruptionswahrnehmungsindex von 180 Ländern, den Transparency International zu Jahresbeginn herausgab, lag die TRNZ 2018 unter dem Durchschnittspunktwert von 43. Dies entspricht Platz 93 auf der Weltrangliste. Obwohl der Wert 37 nicht weit von dem der Türkei (41) entfernt ist, liegt er weit unter dem der Republik Zypern (59).

Die Staatliche Planungsorganisation teilte mit, dass die Inflationsrate in den ersten vier Monaten des Jahres 2019 bei 5,72% lag. Allein der Preisanstieg im April betrug 3,95%. Die Jahresinflationsrate zum Monatsende wurde auf 30,77% prognostiziert.

Beziehungen mit der Türkei

Am 16. Mai wurden die türkisch-zypriotischen Journalisten Sener Levent und Ali Osman, (Tageszeitung Afrika) von dem Vorwurf freigesprochen, den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan beleidigt zu haben. Grund für das Gerichtsverfahren war ein Cartoon, in dem eine

griechische Statue auf den türkischen Präsidenten uriniert. Der Cartoon war während Erdogans Besuch in Athen in einer griechischen Zeitung erschienen und eine Woche später auch in der Tageszeitung Afrika veröffentlicht worden. Wegen „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes“ und „Auslösen einer Entfremdung“ zwischen der TRNZ und der Türkei drohte den Journalisten bei Verurteilung eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren. In seiner Urteilsverkündung erklärte der Richter, er sei „...nicht zu der Überzeugung gelangt, dass ein ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt worden sei“ und dass es „keine konkreten Hinweise auf eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der TRNZ und der Türkei gäbe“. Die Publikation sei schlichtweg „Kritik durch Satire und Metapher“ und könne die Freundschaft beider Staaten nicht beschädigen. Er verwies auf diverse Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zum Recht auf freie Meinungsäußerung und zum Schutz der Persönlichkeitsrechte sowie auf die Notwendigkeit, dass Politiker kritikfähig sein müssten. Die Anzeige war von dem damaligen türkischen Botschafter in Nikosia, Derya Kanbay, „im Auftrag der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft“ erstattet worden.

Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu stattete am 3. Mai der TRNZ einen Besuch ab, um am Treffen des Global Journalists Council teilzunehmen. Er traf sich auch mit dem Präsidenten, dem Premierminister und dessen Stellvertreter.

Am 11. Mai empfing Akinci den Kandidaten der türkischen Republikanischen Volkspartei (CHP)

zur Wahl zum Oberbürgermeister der Großstadtkommune Istanbul, Ekrem Imamoglu, der auf privaten Gründen in den Norden gereist war.

Innenpolitische Entwicklungen

Nach monatelangen Spekulationen über die Zukunft der Vier-Parteien-Regierungskoalition beschloss die Volkspartei (HP) von Kudret Özersay auf ihrer Parteiversammlung am 8. Mai, aus der Koalition auszutreten. Offizieller Grund war die Verpachtung öffentlichen Grundbesitzes an die Firma des Sohnes von Finanzminister Serdar Denktas zum Bau eines Universitätscampus. Als verzweifelter Versuch, die Koalition zu retten, hatte Serdar Denktas sogar seinen Rücktritt als Finanzminister angeboten. Dies aber ohne Erfolg. Die Entscheidung der Volkspartei (HP) ebnete den Weg für die erwartete Regierungskoalition aus Nationaler Einheitspartei (UBP) und Volkspartei (HP), über die schon lange gemunkelt worden war.

Nachdem UBP (Nationale Einheitspartei) und HP (Volkspartei) am 22. Mai im Parlament einen Koalitionsvertrag zur Regierungsbildung unterzeichnet hatten, stellte Ersin Tatar, Parteivorsitzender der UBP, am 22. Mai Präsident Mustafa Akinci sein Kabinett vor. Die Sitzverteilung in der 35. Regierung der TRNZ ist sieben (UBP) zu drei (HP). Die UBP stellt das Amt des Premierministers. Während der Vereidigung betonte Tatar, dass er Özersay bezüglich der Zypernfrage vertraue und verwies darauf, dass beide Parteien eine identische Haltung gegenüber dem Zypernproblem hätten. Özersay erklärte, das Land befände sich sowohl politisch als auch

wirtschaftlich in einer kritischen Phase. Er fügte hinzu, dass seine Partei beschlossen habe, dem Land zuliebe mit der UBP eine Koalition einzugehen, um das Land nicht ohne eine Regierung zu lassen und um vorzeitige Neuwahlen zu vermeiden. Auch sei Ersin Tatars Erfahrung in Wirtschafts- und Finanzfragen als früherer Finanzminister außerordentlich wertvoll für die Überwindung der Wirtschaftskrise. Tatar sagte in einem Interview mit Journalisten, dass die Unterzeichnung des Wirtschaftsprotokolls mit der Türkei auf der Prioritätenliste der neuen Regierung ganz oben stehe.

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Premierminister – Ersin Tatar (UBP)

Stellvertretender Premierminister und Außenminister – Kudret Özersay (HP)

Innenministerin - Aysegul Baybars (HP)

Finanzminister - Olgun Amcaoğlu (UBP)

Gesundheitsminister – Ali Pilli (UBP)

Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit - Faiz Sucuoğlu (UBP)

Minister für Volksbildung und Kultur - Nazım Çavuşoğlu (UBP)

Minister für Landwirtschaft und natürliche Ressourcen - Dursun Oğuz (UBP)

Minister für Wirtschaft und Energiewirtschaft – Hasan Taçoy (UBP)

Minister für öffentlichen Bau und Kommunikation - Tolga Atakan (HP)

Minister für Tourismus und Umwelt – Ünal Üstel (UBP)

Obwohl die Regierungskoalition eine klare Mehrheit mit 30 Sitzen (21 UBP, 9 HP) im Parlament (50 Sitze) hat, dürfte die Vertrauensabstimmung im Parlament am 1. Juni aufgrund unzufriedener Abgeordneter auf beiden Seiten keine ausgemachte Sache sein. Der Abgeordnete der UBP, Hüseyin Özgürgün (der wegen Korruptionsvorwürfen von der HP heftig kritisiert worden war), werde der Vertrauensabstimmung fernbleiben. Andere Abgeordnete, darunter UBP-Mitglied Sunat Atun aus Famagusta, seien enttäuscht, dass sie nicht ins Kabinett berufen worden waren; der UBP-Abgeordnete Önder Sennaroğlu aus Iskele (Trikomo) erklärte Reportern, er beabsichtige zu abstimmen – sei jedoch noch unentschlossen, ob er die Koalition unterstützen solle oder nicht: „*Warten wir es ab*“.

5. Zypern Veranstaltungen

Juni



Montag, 10. Juni 2019 16.00 – 20.00 Uhr

United Social Work Platform / FES
Konferenz

Multiculturalism and Social Work in Cyprus

Home for Cooperation (in the UN Buffer-Zone)
Nicosia, Cyprus

Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch, 12. Juni 2019, 19.15 Uhr

IKME / BILBAN / FES

Cypriots' Voice Symposium

Agios Georgios Tavern Nicosia, Cyprus

Keine öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 13. – Freitag, 14. Juni 2019

FES
Workshop

**Progressive Politics for the Southern Member
States within the European Union**

Lissabon, Portugal

Keine öffentliche Veranstaltung

Samstag, 22. Juni 10.00 – 14.00 Uhr

Political Sciences Association / CAD / FES
Workshop

**Cooperation among the Local Governments
towards a Settlement**

Home for Cooperation (in the UN Buffer-Zone)
Nicosia, Cyprus

Öffentliche Veranstaltung



Montag, 24. Juni 2019, 17.00 -21.00 Uhr

FES
Report Launch and Konferenz

**Corruption and Corruption Perception in Both
Parts of Cyprus**

Home for Cooperation (in the UN Buffer-Zone)
Nicosia, Cyprus

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Enis Porat, Gianna Chatzgeorgiou
und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Gaby Hamann

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, füllen Sie bitte das Formular auf unserer Webseite aus: www.fescyprus.org/de/newsletter/

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte auf den Link in Ihrer FES Newslettermail.